

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schweinepest tierschonend bekämpfen – Notimpfung ersetzt grundloses Keulen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vorsorgliche Tötung gesunder Tiere im Fall eines Ausbruchs der Klassischen Schweinepest stößt zu Recht auf heftige Kritik bei Fachleuten und in der Öffentlichkeit. Die Nichtimpfungspolitik der Europäischen Union ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß. Im Hinblick auf den Tierschutz und unsere Verantwortung für die Ernährungssicherheit sind Keulungen dringend auf das unerlässliche Maß zu reduzieren. Ein Paradigmenwechsel ist dringend erforderlich.

Für eine sichere und tierschutzgerechte Bekämpfung der Schweinepest steht uns eine Reihe von Maßnahmen zur Verfügung. Zur Prävention gehören vor allem ein hohes Hygieneniveau in den Ställen, das Füttern einwandfreier und von der Herkunft her sicherer Futtermittel und die stetige Verbesserung der Überwachung verbrachter Erzeugnisse, speziell bei der Einfuhr tierischer Produkte aus infizierten Gebieten durch Touristen. Der Ausbruch einer Seuche muss schnellstmöglich erkannt und infizierte Bestände müssen unverzüglich getötet werden. Dies muss durch eine rechtzeitige und wirksame Kontrolle des Verbringens von Tieren und tierischen Erzeugnissen, insbesondere aus den von der Seuche betroffenen Gebieten, begleitet werden. Die Entwicklung hochwirksamer und moderner Impfstoffe für Notimpfungen und des RT-PCR-Nachweisverfahrens eröffnen neue Möglichkeiten in der Bekämpfung der Schweinepest. Durch eine Notimpfung nicht infizierter Tiere ist die massenhafte Keulung zur Ausbreitungsverhinderung nicht mehr notwendig. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen wird die Effizienz der Bekämpfung der Klassischen Schweinepest dadurch nicht beeinträchtigt.

In der Tierseuchenbekämpfung muss der Ansatz „Impfen statt Keulen“ gelten, damit unnötige Tierverluste minimiert werden und dem Tierschutzgedanken Rechnung getragen wird. Durch den Einsatz von Notimpfungen kann das Infektions- und Verschleppungsrisiko vermindert werden. In der Folge könnten Keulungen auf das Nötigste begrenzt werden. Zugleich müssen klare Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Fleisch und Fleischprodukten von gegen Tierseuchen geimpften Tieren geschaffen werden. Der tierschonende Ansatz darf nicht an der Vermarktungsfrage scheitern oder zu Marktstörungen bzw. Handelshemmnissen führen. Der Verbraucher muss dringend über die gesundheitliche Unbedenklichkeit solcher Lebensmittel aufgeklärt werden, dabei bedarf die Wirtschaft der Unterstützung.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den Ansatz „Impfen statt Keulen“ im Tierseuchenbekämpfungskonzept zu stärken;
 2. beim Ausbruch der Klassischen Schweinepest die Eilverordnung für ein großflächiges „stand still“ zu erlassen und die betroffenen Bundesländer zu einer Notimpfung aufzufordern;
 3. die Länder bei der Durchführung einer Notimpfung mit sicheren Impfstoffen zu unterstützen, damit das Virus der Klassischen Schweinepest nicht durch lebende Tiere oder tierische Produkte verschleppt wird;
 4. die Entwicklung weiterer Markerimpfstoffe voranzutreiben;
 5. die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Unbedenklichkeit notgeimpfter Tiere zu unterstützen, so dass die Vermarktung notgeimpfter Tiere bei den Handelspartnern möglich und wirtschaftlich tragfähig bleibt;
 6. die fleischverarbeitende Wirtschaft bei der Entwicklung eines Konzeptes zur Schlachtung und Verarbeitung geimpfter Schweine zu unterstützen;
 7. für Akzeptanz von notgeimpften Tieren bei Handelspartnern aus dem EU-Ausland und aus Drittländern zu werben;
 8. sich auf internationaler Ebene für einen Paradigmenwechsel in der Tiergesundheitspolitik der EU einzusetzen und im Hinblick auf die Vorbereitung der Tiergesundheitsstrategie für die Europäische Union ab 2014 auf eine EU-weite Durchsetzung des Ansatzes „Impfen statt Keulen“ zu drängen.

Berlin, den 6. März 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion